

Bestellung

Ja, ich möchte ein kostenloses ÖDP-Infopaket erhalten.

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

E-Mail

Ihre Daten werden für den Versand des ÖDP-Infopakets gespeichert, jedoch nicht an Dritte weitergegeben. Sie haben ein Recht auf Auskunft und können einer werblichen Nutzung Ihrer Daten jederzeit widersprechen. Zusätzliche Informationen finden Sie unter www.oedp.de/service/datenschutz/

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten auch zur Übersendung von aktuellen Informationen über die ÖDP (z. B. per E-Mail) gespeichert werden.

Bitte senden Sie diese Bestellung an:
Ökologisch-Demokratische Partei
Pommersgasse 1, 97070 Würzburg
(09 31) 4 04 86-0, info@oedp.de

Bitte ausschneiden ...



**Prof. Dr.
Herbert E. Einsiedler**

Vorsitzender des Bundes-
arbeitskreises Wirtschaft und
Finanzen der ÖDP

„Unendliches Wachstum ist auf einem endlichen Planeten nicht möglich. Eine Wirtschaftspolitik, die auf permanentem Wachstum aufbaut, ist langfristig realitätsfern. Wir brauchen eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft, die ohne Wachstumszwang auskommt.“



Ihre ÖDP vor Ort:



www.oedp.de | info@oedp.de

Folgen Sie uns auch auf:   

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung!

Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE25 7002 0500 0009 8152 00
BIC: BFSWDE33MUE



Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.

V15.ÖDP ÖDP Christian Bechholz, Pommersgasse 1, 97070 Würzburg

Foto: ianmark/iStock.com

Unbegrenzt Wirtschaftswachstum?

Wir wollen den Verbrauch von Umwelt bepreisen!

DAS GUTE GEWINNT!

Ökologisch-
Demokratische
Partei



Foto: ianmark/iStock.com

Wachstum um jeden Preis?

- Unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten ist kein realistisches Ziel. Die Grenzen des Wachstums sind seit Jahrzehnten bekannt. Dennoch hat die Begrenztheit unseres Planeten keinen Eingang in die Gedankenwelt der Wirtschaftspolitik gefunden.
- Mit einer auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik ist die Zukunft nicht zu gestalten. Unsere Wirtschaft muss zu einer Wirtschaftsordnung ohne Wachstumszwang umgestaltet und damit zukunftsfähig gemacht werden.
- Der § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes „Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ darf kein Staatsziel mehr sein! Ziel einer neuen Wirtschaftspolitik muss eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Kreislaufwirtschaft sein.
- Dies bedarf einer massiven Erhöhung von Recycling und sich selbst erneuernden Ressourcen. Mehr als dieser eine Planet auf Dauer bietet, darf nicht verbraucht werden: **„Planet vor Profit!“**



Ökologisch-soziale Steuerreform

- Neben dem dringenden Ausbau der CO₂-Bepreisung ist der Verbrauch natürlicher Ressourcen wie Rohstoffe, Flächenversiegelung usw. beispielsweise durch kontinuierlich steigende Steuern zu reduzieren. Diese Steuern sind stufenweise anzuheben bis zum Erreichen eines Preises, der auch ihre langfristigen, ökologischen und sozialen Kosten beinhaltet. Die Preise aller Produkte müssen die ökonomische, soziale und ökologische Wahrheit sagen.
- Der Faktor Arbeit ist zu entlasten: Eine Senkung z. B. der Sozialversicherungsbeiträge reduziert die Lohnnebenkosten, vermindert damit einen überzogenen Rationalisierungsdruck und führt zu reduzierten Preisen von Dienstleistungen und lohnintensiven Produkten. Eine pauschale Pro-Kopf-Zahlung an alle stellt den sozialen Ausgleich her.

- Gerade der regionale Mittelstand ist das Rückgrat einer Wirtschaft ohne Wachstumszwang. Derzeit ist der Mittelstand einem verzerrten Wettbewerb mit ungleichen Bedingungen ausgesetzt. Globalisierte Konzerne können ihre Aufträge und Produktionsstandorte ganz legal auch dorthin verlegen, wo Umwelt-, Steuer- und Sozialstandards am niedrigsten sind. Das muss sich ändern!
- Sogenannte „Freihandelsabkommen“ stabilisieren national wie international das „Recht des Stärkeren“. Daher sind diese Abkommen zu kündigen und durch faire Abkommen zu ersetzen.
- Wir brauchen eine Globalisierung der mitmenschlichen Solidarität statt Globalisierung der Großkonzerne. Die derzeitige Politik der EU fördert einseitig die Wirtschaftskonzentration.



Foto: iNLNLN/Pixabay.com

Die Umgestaltung der Finanzwirtschaft erfordert:

- eine Wiedereinführung eines strikten Trennbankensystems,
- die Rückführung der Börsen zu ihrem eigentlichen Zweck, nämlich der Bereitstellung von Kapital für die Unternehmen,
- eine Einführung von wirksamen Vermögens- und Finanztransaktionssteuern sowie einer Digitalsteuer.

Ziel ist eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftsordnung.

Neues Wirtschaftsmodell: Die Gemeinwohl-Ökonomie

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) darf nicht mehr der dominierende Maßstab für wirtschaftlichen Erfolg sein. In Ergänzung ist eine Gemeinwohl-Betrachtung zu erstellen, die den Zweck des Wirtschaftens und die Bewertung von Erfolg anhand gemeinwohlorientierter Werte definiert.
- Alle öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen haben als ökologisch-soziale Ergänzung zur Finanzbilanz eine Gemeinwohl-Bilanz zu erstellen und damit aktiv ihren Beitrag zum Gemeinwohl darzustellen.
- Förder- und Konjunkturmaßnahmen, wie Förderdarlehen, Gründungszuschüsse, Bürgschaften, Neuansiedlungen von Unternehmen, Baugenehmigungen oder (digitale) Infrastrukturförderungen werden in Abhängigkeit vom (positiven) Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis vergeben.
- Der Verfassungsgrundsatz „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten“ ist umzusetzen. (Art. 151,1 Bay. Verfassung)



Foto: ASH/Stock.com